

Hilfe für HelferInnen

Der private Gesundheits- und Sozialbereich in Österreich hat sich gerade in der Corona-Pandemie als eine der tragenden Säulen einer funktionierenden Gesellschaft bewährt. Seit über einem Jahr im Ausnahmezustand, hat sich Belastung der ArbeitnehmerInnen erhöht und der Personalmangel verstärkt bemerkbar gemacht. Viele PflegerInnen, BehindertenbetreuerInnen, PädagogInnen oder SozialarbeiterInnen sind am Ende ihrer Kräfte. Immer öfter hört man von KollegInnen „Nach der Pandemie wechsele ich den Job“.

Der gesamte Bereich hat in der Öffentlichkeit - auch von der Politik - zwar viel verbale Wertschätzung erfahren, diese wurde aber bisher nur unzureichend in konkrete Maßnahmen umgesetzt. So sind beispielsweise Fragen wie die Bereitstellung und Finanzierung von Schutzausrüstungen und Tests noch immer nicht in allen Fällen befriedigend gelöst, geeignete Maßnahmen zur Entlastung der MitarbeiterInnen in diesem Bereich wurden noch kaum in Angriff genommen..

Es braucht dringend und rasch Maßnahmen, um einem Kollaps des Betreuungs- und Pflegesystems vorzubeugen.

Daher fordern die Gewerkschaften GPA und vida gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband Sozialwirtschaft Österreich:

Kurzfristige Entlastung durch zusätzliches Personal

Es braucht für den krisenbedingten Mehraufwand rasch einen Sondertopf für die Aufnahme von zusätzlichem Personal, das sich um bürokratische Angelegenheiten, Dokumentationspflichten, Fiebermessen für BesucherInnen, Kontrollen, etc. kümmert. Das zusätzliche Personal soll die KollegInnen in den Betrieben - zum Beispiel in den Pflege- und Betreuungseinrichtungen - entlasten, damit diese ihre Kernaufgaben wieder besser wahrnehmen können. Dieses Geld soll den einzelnen Trägern vom Finanzministerium direkt zur Verfügung gestellt und die Aktion vom Arbeitsmarktservice im jeweiligen Bundesland unterstützt werden. Somit könnten auch bis zu 10.000 KollegInnen aus der Arbeitslosigkeit geholt werden. Das Programm sollte so rasch wie möglich starten und in der ersten Phase bis Ende 2022 laufen. Der dafür notwendige Kostenrahmen würde im Maximalfall 450 Millionen Euro betragen.

Zulage als Anerkennung für Geleistetes

So wie das die Regierung für das Personal auf Intensivstationen in den Raum gestellt hat, fordern wir eine monatliche Zulage von 150 Euro für alle Beschäftigten im privaten Pflege- und Betreuungsbereich während der Corona-Krise als Anerkennung für die zusätzliche Schwerstarbeit. Diese Zulage sollte aus einem zentralen Topf finanziert werden und über die Trägerorganisationen an die ArbeitnehmerInnen ausbezahlt werden. Die Corona-Prämien sollen von der Lohnsteuer und den Sozialversicherungsabgaben befreit werden.

Arbeitsstiftung als längerfristige Perspektive

Die hohen Arbeitslosenzahlen bilden ein nicht zu unterschätzendes Potential zur Gewinnung von Menschen für die Sozial- und Pflegeberufe. Oft scheitert eine Umqualifizierung aber daran, dass sich Interessierte das Leben während der Ausbildung nicht leisten können, weil das Arbeitslosengeld dafür nicht reicht. Daher fordern die Gewerkschaften GPA und vida sowie die Sozialwirtschaft Österreich die Einrichtung einer Sozialwirtschaftsstiftung, die Umqualifizierungen finanziell unterstützt. Dabei sollen die SchulungsteilnehmerInnen neben dem Arbeitslosengeld einen monatlichen Betrag von 400 Euro erhalten - somit wäre ein Nettoeinkommen von mindestens 1.300 Euro gewährleistet.

Finanzierung aus Krisenbewältigungsfonds

Die Finanzierung für diese Maßnahmen soll über den COVID-19-Krisenbewältigungsfonds erfolgen. Die Kosten für die Zulage würden für 125.000 ArbeitnehmerInnen rund 225 Millionen Euro ausmachen. Um rund 10.000 Unterstützungskräfte zu finanzieren, braucht man rund 450 Millionen Euro, erspart sich im Gegenzug aber das Arbeitslosengeld von ca. 180 Millionen Euro. Positive Effekte auf Konsum und Steuern sind hier noch nicht mitgerechnet. Die Arbeitsstiftung würde bei 10.000 Interessenten rund 72 Millionen Euro kosten.

Die Kosten für Schutzausrüstungen und Tests sind eigentlich schon budgetär vorgesehen, müssten von den zuständigen Gebietskörperschaften aber endlich freigegeben werden.

Im Vergleich zu den Corona-Hilfen, die seit Beginn der Krise ausbezahlt werden, sind diese Beträge nicht nur finanzierbar, sondern es sind Investitionen in die Zukunft, um Pflege und Betreuung im Sozialbereich auch in Zukunft zu sichern.

Die Sozialwirtschaft Österreich – Zahlen, Daten, Fakten

Mehr als 125.000 Beschäftigte sind in der österreichischen Sozialwirtschaft tätig. Davon sind mehr als 75.000 Beschäftigte in den Mitgliedsbetrieben der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ) beschäftigt. Von der SWÖ umfasst sind die Bereiche Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen, (inkl. Pflege), Behindertenarbeit, Psychosoziale Arbeit, Kinderbetreuung und Jugendhilfe sowie arbeitsmarktpolitische Dienstleistungen. Die Sozialwirtschaft Österreich ist mit über 525 Mitgliedsorganisationen die größte freiwillige Interessenvertretung für die Unternehmen der privaten Sozial- und Gesundheitsbranche und führt die Kollektivvertragsverhandlungen mit den Gewerkschaften GPA und vida.

Der Frauenanteil beträgt über 70 Prozent. Die Teilzeitquote liegt ebenfalls bei 70 Prozent. Wie in anderen Branchen auch arbeiten auch hier mehr Frauen in Teilzeit als Männer. Gerade in den mobilen Diensten ist der Anteil an Frauen besonders hoch und sind Vollzeit Arbeitsplätze die absolute Ausnahme.